

XXIV. GP.-NR

1808 J

23. April 2009

**ANFRAGE**

des Abgeordneten Dr. Karlsböck  
und weiterer Abgeordneter

an die Bundesministerin für Justiz  
betreffend gesundheitsfördernder Maßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
im Ministerium

Der durchschnittliche Erwerbstätige übt rund 80.000 Stunden seines Arbeitslebens sitzend aus. Frauen und Männer, die im Büro oder am Computer arbeiten, bewegen sich jedoch nicht nur zu wenig, sondern sie belasten ihren Körper meist einseitig.

Dieser Bewegungsmangel sorgt dafür, dass Muskel- und Skeletterkrankungen seit Jahren den Spitzenplatz bei den Krankmeldungen besetzen. Durch fortwährende Hektik, Zeit- und Termindruck sowie ein hohes Arbeitstempo werden viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich an ihrem Arbeitsplatz belastet. Bestimmen andauernde Anspannungen den Arbeitsalltag können ernsthafte gesundheitliche Probleme wie Schlafstörungen, Magen oder Herzleiden, Bluthochdruck oder Migräne auftreten.

Stress und psychische Belastungen – all diesen gesundheitlichen Risiken ist mit gesundheitsfördernden Maßnahmen entgegen zu wirken. Beispielsweise hilft regelmäßige Bewegung, den angestauten Stress abzubauen, Verspannungen zu lösen und Stimmungslagen aufzuhellen.

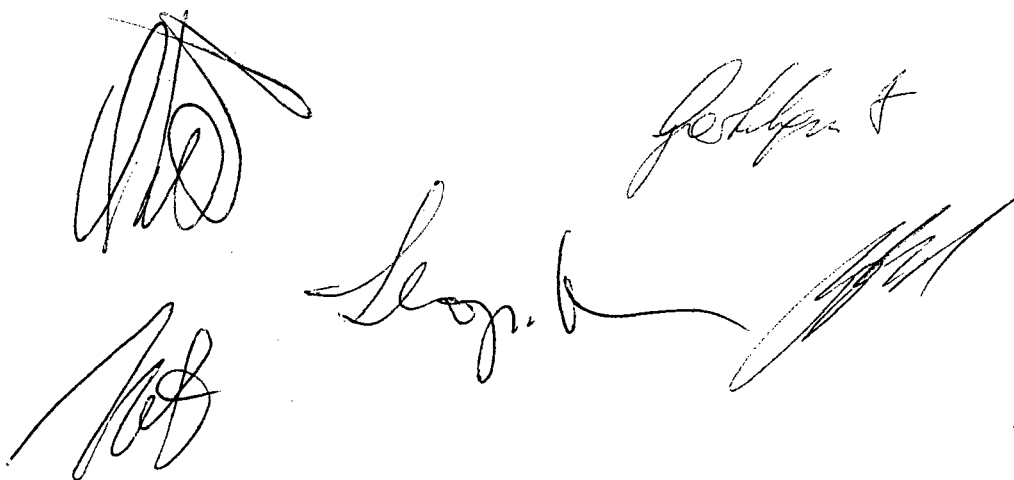
Darüber hinaus stiften diese Maßnahmen einen Nutzen für alle Beteiligten. Neben der Verbesserung der persönlichen Gesundheit, sind positive Auswirkungen auf die Arbeitszufriedenheit, auf die innerbetriebliche Kommunikation sowie die Unternehmenskultur festzustellen. Dadurch wird auch die Arbeitsproduktivität gesteigert, denn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich wohl fühlen und die Arbeit gerne machen, können auch mehr leisten. Des Weiteren reduzieren sich dadurch die Anzahl und Dauer von Krankenständen, was auch die Kosten im Gesundheitswesen langfristig senkt.

In diesem Zusammenhang wäre die logische Konsequenz, dass durch die Einführung eines umfassenden abgestimmten Konzepts für gesundheitsfördernde Maßnahmen im Ministerium eine Vorreiter- bzw. Vorzeigrolle eingenommen wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Justiz folgende

### Anfrage

1. Gibt es ein umfassendes abgestimmtes Konzept für gesundheitsfördernde Maßnahmen in Ihrem Ministerium?
2. Wenn ja, wie sehen diese Maßnahmen konkret aus?
3. Wenn ja, welches Budget ist dafür vorgesehen?
4. Wenn ja, wie viele Krankmeldungen gab es vor der Konzepteinführung?
5. Wenn ja, wie sieht die Krankmeldungsanzahl seit der Einführung dieses Konzeptes aus?
6. Wenn nein, ist derzeit ein solches Konzept in Planung und wann erfolgt die Umsetzung?



23/4/09